

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Wolfgang Seidl und Veronika Matiassek betreffend „Erhöhung der magistratischen Essensgutscheine“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 27. April 2022 zu Post 7

Bedienstete der Stadt Wien erhalten im Rahmen der Aktion „Verbilligtes Mittagessen“ (Erlaß der Magistratsdirektion) Essensgutscheine, mit denen sie in bestimmten Lokalen günstiger Essen können. Ein Essensgutschein hat den Gegenwert von 1,46 Euro. Nun wurden aber im Gegensatz zu zahlreichen Gebühren der Stadt Wien und anderen Belastungen diese seit Jahrzehnten nicht valorisiert. In Zeiten, in denen den Bediensteten der Stadt Wien coronabedingt enormen Belastungen ausgesetzt sind, ein weiteres dramatisches Zeichen, welche Wertschätzung den „kleinen Bediensteten“ der Stadt Wien entgegengebracht wird. Deshalb sollen auch um Kosten zu sparen die höchsten Verwendungsgruppen im Dienstrecht von dem Bezug der „Essensmarken“ ausgeschlossen werden.

Demgegenüber stiegen die Kosten für Lebensmittel und Speisen in den Vertragsgasthäusern exorbitant, nicht erst seit Corona, aber aufgrund der derzeit vorherrschenden wirtschaftlich herausfordernden Zeit umso stärker. Der durchschnittliche Bedienstete der Gemeinde Wien hat in der überwiegenden Anzahl ein sehr geringes Einkommen und ist auf die Unterstützung durch die Stadt Wien im Wege dieser Essensgutscheine angewiesen. Diese Situation wird dadurch verschärft, da es in weiten Bereichen der Stadt Wien keine subventionierten Kantinen gibt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Herr Bürgermeister und der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke“ werden aufgefordert, die seit rund 34 Jahren in ihrem Wert nicht mehr angepassten Essensgutscheine des Magistrates spürbar auf Euro 2,50 pro Essensgutschein zu erhöhen. Die höchsten Verwendungsgruppen sollen aufgrund deren hoher Einkommen keinerlei Essensgutscheine erhalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.